Norddeutsche Allgemeine Zeitung.

Abend-Ausgabe.

Inserate übernehmen ausserhalb Berlins: Bonn: M. Cohen. — Bremen: E. Schlotte, Wilh. Scheller. — Stettin: S. Salomon. — Frankfurt a. M.: G. L. Daube & Co. — Hamburg: Haasenstein & Vogler, Joh. Nordbaar, Adolf Steiner, William Wilkens. — Görlitz: C. Schoenwald. — Mainz: D. Frenz. — Minden: C. Marowski.

Wien: M. Dukes, I., Wollzeile No. 6—8; A. Oppelik, I., Stubenbastei 2. — Frankreich, England und Belgien: Alleinige Annahme bei der Compagnie générale de Publicité Étrangère, John F. Jones & Cie. in Paris, 31bis rue du Faubourg Montmartre. — Schweiz: Orell Füssli & Co., Zürich.

Nr. 20. [32. Jahrgang.] **Berlin, Donnerstag den 12. Januar 1893, Abends.** [32. Jahrgang.] **Nr. 20.**

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" erscheint täglich Morgens und Abends, mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag Morgen; bei besonderen Ereignissen in Extra-Ausgaben. Der Abonnementspreis beträgt für das Deutsche Reich und die österreichisch-ungarische Monarchie vierteljährlich **7 Mark 50 Pf., für das übrige Ausland mit dem entsprechenden Postaufschlag. Abonnements werden bei den betreffenden Postanstalten angenommen.** Für **Berlin** nehmen **sämmtliche Zeitungs-Spediteure** und die **Expedition** dieser Zeitung, **Wilhelmstraße 32,** Abonnements vierteljährlich zum Preise von **7 Mark 50 Pf.,** sowie die **Post-Expeditionen** für **8 Mark** inkl. Bestellgebühr entgegen. Preis der einzelnen Nummer 10 Pf. Inserate nimmt die Expedition zum Preise von **40 Pf.** pro fünfgespaltene Petitzeile an. Beiträge für die **Redaktion** der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" sind an diese: **Berlin 48,** SW. **Wilhelmstraße 32,** zu richten, **und wird gleichzeitige Honorarangabe erbeten. Fernsprech-Anschluß Amt 6 Nr. 3248. Nachträgliche Honoraransprüche finden keine Berücksichtigung;** uns unaufgefordert eingesandte Einsendungen können nicht aufbewahrt werden. **Fernsprech-Anschluß Amt 6 Nr. 3248.**

Politischer Tagesbericht.

Berlin, 12. Januar.

Der Erfolg einer Aenderung des Wahlverfahrens hat zur Voraussetzung, daß das Gesetz vom 24. Juni 1891 in Kraft bleibt. Die Aufhebung desselben würde zur Folge haben, daß die Wirkungen der neuen Vorschriften über die Abtheilungsbildung fast ganz verloren gehen würden. Der Prozentsatz der Wähler der I. Abtheilung für die Wahlen zum Hause der Abgeordneten beträgt für die Wahlbezirke

	Berlin II	Krefeld	Schlawe-Rummelsburg
1.	1,50	2,36	3,58
2.	2,31	3,61	5,13
3.	1,68	2,13	3,61

wobei die Angabe zu 1 auf den gegenwärtigen Rechtszustand, zu 2 auf denselben unter Anwendung der neuen Abtheilungsbildung, zu 3 auf die Anwendung der letzteren ohne die Bestimmungen des Gesetzes vom 24. Juni 1891 sich bezieht. Nicht anders steht es hinsichtlich der kommunalen Wahlen, wie die betreffenden Prozentzahlen für die Berliner Stadtverordnetenwahlen beweisen:

	1. Abtheilung	2. Abtheilung	3. Abtheilung
1.	0,79	4,49	94,72
2.	1,39	6,84	91,77
3.	0,99	4,41	94,60

Wird das Gesetz vom 24. Juni 1891 aufrecht erhalten, so darf nach Ansicht der Verfasser des neuen Entwurfs angenommen werden, daß die vorgeschlagene Abänderung der Abtheilungsbildung auch gegenüber der neuen Gewerbesteuer-Schutz gegen eine Verkürzung des Wahlrechts gewähren werde. Da diese Steuer mit dem 1. April 1893 ins Leben tritt und die neue Einkommensteuer bereits in Geltung steht, so soll die gedachte Aenderung bereits bei den nächsten, auf den Tag der Verkündigung des Gesetzes folgenden politischen und kommunalen Wahlen zur Anwendung kommen.

Im Weiteren handelt es sich darum, einen Ersatz für den bei Durchführung der Steuerreform bevorstehenden Fortfall der staatlichen Realsteuern zu finden. Es entspricht der Gerechtigkeit sowie den Staats- und Gemeindeinteressen, daß die Leistungen, welche dem Grund- und Gebäudebesitze sowie dem Gewerbebetriebe auch fernerhin für das Gemeinwesen obliegen werden, Berücksichtigung finden, und daß zu diesem Zwecke die von den Wählern an die Gemeinden und die höheren kommunalen Verbände zu entrichtenden Steuerbeträge, in welchen die bisherigen staatlichen Realsteuern zu einem großen Theile wieder in die Erscheinung treten werden, bei der Bildung der Wählerabtheilungen mit zur Anrechnung gelangen.

Für eine Bestimmung dieses Inhalts findet sich bereits ein Vorbild in dem System, welches den in dem größten Theile des Staates geltenden Gemeindeverfassungsgesetzen hinsichtlich der Bildung der Wahlabtheilungen für die Wahlen zu den Gemeindevertretungen zu Grunde liegt. Der Entwickelungsgang, welchen die preußische Gemeindegesetzgebung in Beziehung auf die Bildung der Wählerabtheilungen für die Gemeindevertretungen genommen hat, weist darauf hin, daß der leitende Grundsatz in der Mitberücksichtigung der an die Gemeinde und die weiteren kommunalen Verbände zu entrichtenden direkten Steuern oder wenigstens der Gemeindesteuern gefunden worden ist.

Die stattgehabten Ermittelungen haben ergeben, daß die Mitberücksichtigung der an die Gemeinde und die höheren kommunalen Verbände zu entrichtenden Steuern eine gerechtere Bemessung des Wahlrechts ermöglicht, als die Bildung der Wählerabtheilungen auf der Grundlage der Staatssteuern allein, und daß insbesondere hierdurch dem starken Anwachsen der Anzahl der Wähler der dritten Abtheilung unter gleichzeitiger Abnahme der Wählerzahl der ersten und zweiten Abtheilung entgegengewirkt wird. Diese Wirkung tritt allerdings da wenig hervor, wo, wie in vielen ländlichen Gemeinden der östlichen Provinzen, die Gemeindeabgaben in der Form gleichmäßiger Zuschläge zu den Staatssteuern erhoben werden und die Zuschläge zu den Ertragssteuern die Gemeindeangehörigen in annähernd gleichem Verhältniß zu deren Einkommen belasten. Dort wird durch Mitberechnung der Gemeinde-, Kreis- und Provinzialsteuern im Wesentlichen nur eine Steigerung des Gesammtbetrages der Steuern bewirkt, ohne daß das Verhältniß der einzelnen Steuerpflichtigen und Steuergruppen zu einander erheblich berührt wird. Beträchtlich dagegen ist der Unterschied in den großen Städten und in den Landgemeinden mit entwickelteren Verkehrs- und industriellen Verhältnissen.

Noch erheblichere Verschiedenheiten ergeben sich bei einer Vergleichung der Wirkungen des Systems der Landgemeindeordnung für die östlichen Provinzen mit dem unter Zugrundelegung des Systems der rheinischen Landgemeindeordnung eintretenden Ergebnisse in den Landgemeinden Altendorf und Katernberg des Landkreises Essen.

Die Berichte aus den Landestheilen, in welchen die Gemeindesteuern bei der Bildung der Wählerabtheilungen für die Wahlen zu den Gemeindevertretungen mit angerechnet werden, sprechen sich entschieden für die Beibehaltung dieses Systems aus.

Aber auch aus der Rheinprovinz, wo das gegentheilige Prinzip galt, wird berichtet, daß die Vertheilung der Wähler nach sämmtlichen direkten Steuern, also einschließlich der Gemeinde-, Kreis- und Provinzialsteuern, für das öffentliche Interesse erheblich günstiger und deshalb den jetzt in der Rheinprovinz geltenden Bestimmungen vorzuziehen sei. Wenn ferner anerkannt wird, daß die Verschiedenheit, welche in Beziehung auf diese grundsätzlich wie praktisch wichtige Frage des Gemeindeverfassungsrechtes zwischen den östlichen und den westlichen Provinzen besteht, als eine Anomalie zu betrachten ist, so dürfte eine Beseitigung derselben darin zu suchen sein, daß das System der östlichen Gemeindeverfassungsgesetze auf den ganzen Umfang des Staates, soweit das Dreiklassensystem für die Wahl von Gemeindevertretungen gilt, ausgedehnt wird. Aus den gleichen Gründen aber, aus welchen diese Ausdehnung auf dem Gebiete des Gemeindeverfassungsrechtes sich empfehlen möchte, rechtfertigt sich auch die Uebertragung des Grundsatzes der Mitberücksichtigung der direkten Gemeinde-, Kreis- und Provinzialsteuern auf die Gestaltung der Urwählerabtheilungen für die Wahlen zum Hause der Abgeordneten. Der auf diese Weise gefundene Ersatz für den Fortfall der Realsteuern wird zwar wegen der verschiedenen Höhe der Kommunalsteuern nicht ein völlig gleichmäßiger, er möchte aber vielleicht um so weniger zu beanstanden sein, als jene Verschiedenheit überall da nicht von Bedeutung ist, wo die Urwahlbezirke nicht aus zwei oder mehreren Gemeinden gebildet sind.

In der heutigen (19.) Plenarsitzung des **Reichstages** stand zunächst die sozialdemokratische Nothstands-Interpellation zur Verhandlung, welche, nachdem der Staatssekretair des Innern, Staatsminister v. Boetticher, sich zur sofortigen Beantwortung derselben bereit erklärt hatte, vom Abg. Liebknecht in eingehender Rede begründet wurde. Er suchte darzulegen, daß der Nothstand, dessen Vorhandensein notorisch und durch die von verschiedenen Gemeinden angebahnte Abhülfe anerkannt sei, seinen letzten Grund in der großkapitalistischen Entwickelung habe. Zugleich bezeichnete er die Richtungen, in welchen die Abhülfe möglich sei und Arbeitslosen Gelegenheit zur Arbeit geschaffen werden könne. Der Redner geht dann auf die Strikes bei den Arbeitern in den Kohlenbergwerken des Saargebiets ein und betont, daß, wenn dem Staat überhaupt eine soziale Mission zukomme, es gerade jetzt an der Zeit sei, dieselbe auszuüben. In der That hänge davon und nicht von der Militärvorlage die Existenz Deutschlands, die Existenz seiner Arbeiter ab. Andernfalls würde die nöthige Organisation statt von oben, von unten aus geschaffen werden. Staatssekretair des Innern, Staatsminister von Boetticher, betonte zunächst, daß die Ausführungen des Vorredners weit über die Fassung der Interpellation hinausgegangen seien. Das Bild, welches von dem Vorredner über die wirthschaftliche Lage entworfen, sei indeß nicht zutreffend. Die Reichsregierung als solche habe jedenfalls bisher keine Veranlassung gehabt, einem akuten Nothstande entgegenzutreten. Daß lokale Nothstände, namentlich in harten Wintern, einzutreten pflegen, solle garnicht geleugnet werden; aber es handle sich hier doch nur darum, ob die behaupteten Nothstände derartige seien, daß die Regierungen, und zumal die Reichsregierung, sich amtlich damit zu beschäftigen hätten. Eine allgemeine Noth sei aber thatsächlich gar nicht vorhanden; das schließe freilich nicht aus, daß die Behörden thunlichst für Arbeitsgelegenheit sorgten, wie das auch namentlich von verschiedenen Städten geschehen sei. Der Bergarbeiterstreik im Saargebiet sei geradezu als ein Feiertag zu bezeichnen, und die sozialdemokratische Partei solle ihren ganzen Einfluß aufwenden, daß nicht weiter derartige Rechtsbrüche eintreten. Damit würde die Partei das Beste thun, was sie überhaupt zur Förderung des Arbeiterwohls beitragen könne. Auf Antrag des Abg. Singer wurde darauf in die Besprechung der Interpellation eingetreten. In derselben hatte der Schluß des Berichts zuerst Abg. Frhr. v. Stumm das Wort.

Die heutige (13.) Plenarsitzung des **Abgeordnetenhauses** wurde um 12½ Uhr vom Präsidenten v. Köller mit geschäftlichen Mittheilungen vor mäßig besetzten Bänken eröffnet. Finanzminister Dr. Miquel brachte alsdann den Etat und die mit demselben in Verbindung stehenden Vorlagen im Hause ein und begleitete dieselben mit eingehenden Erläuterungen. Der Etat schließt ab in Einnahme mit 1 834 490 460 ℳ, in Ausgabe im Ordinarium mit 1 834 803 207 ℳ, im Extraordinarium mit 49 294 201 ℳ, zusammen also mit 1 894 097 460 ℳ, so daß also ein Fehlbetrag von 58 600 000 ℳ zu decken bleibt. Bei dem unerfreulichen Zustande, daß wir zum ersten Male wieder genöthigt sind, den Etat durch eine Anleihe zu balanziren, müssen wir uns darüber klar werden, daß in den Betriebsverwaltungen, namentlich nach Verstaatlichung der Eisenbahnen, die eine entscheidende Stellung in unserer Finanzverwaltung einnehmen, außerordentliche Schwankungen stattgefunden haben. Der gegenwärtig vorgelegte Etat giebt ein Spiegelbild der allgemeinen gewerblichen Entwickelung. Die Eisenbahnverwaltung allein weist einen Minderertrag von 29 Millionen auf, die Bergwerksverwaltung ist veranschlagt mit einem Minderüberschuß von 3 Millionen. Daneben sind die Ueberweisungen aus dem Reiche in einem sehr starken Rückgang; es beträgt die Matrikularumlage, welche wir dem Reiche leisten müssen, 23 074 000 ℳ mehr. Bei solchen plötzlichen Einnahmeverminderungen und bei der starken Vermehrung der Ausgaben auf der anderen Seite können die regulairen Einnahmen des Staats nicht zureichen, und daraus ergiebt sich, daß wir extraordinaire zur Deckung zu Hülfe nehmen müssen. Wenn wir auf die Vergangenheit zurückblicken, so finden wir in einzelnen Jahren Einnahmeschwankungen bis zu 50 Millionen Mark. Vom Jahre 1886/87 haben sich die Einnahmen aus der Eisenbahnverwaltung, wenn auch nicht außerordentlich, so doch in einem immerhin erheblichen Rückgang befunden. Daraus wird man aber die Ueberzeugung gewinnen können, daß bei Wiederaufleben der allgemeinen gewerblichen Verhältnisse auch die Einnahmen der Eisenbahnen wieder eine steigende Richtung nehmen werden. Wir werden auch erwarten müssen, daß es der Eisenbahnverwaltung gelingen wird, die Ausgaben möglichst zu vermindern und mit Wenigem möglichst viel zu leisten. (Bewegung.) Wenn ich nun zu den Ergebnissen des Jahres 1891/92 übergehe, so hat dieses ein Defizit gebracht von 44 900 000 ℳ. Die Eisenbahnverwaltung allein weist einen Mindererertrag gegen den Etat auf in Höhe von 59 Millionen Mark. Diesen stehen verschiedene Mehreinnahmen gegenüber, sowie Minderausgaben, so bei den „Zuschuß"-Verwaltungen mit 2 bis 3 Millionen. — Fragen wir, wie sich das laufende Etatsjahr stellen wird, so kann ich Günstigeres nicht in Aussicht stellen. Im Gegentheil, wir werden mindestens ein ebenso großes Defizit haben. Bei den Domainen etwa 100 000 ℳ Einnahmen weniger, bei den Forsten etwa 2 Millionen Mark mehr, bei den Bergwerken ebenso viel weniger, bei den Eisenbahnen 61 Mill. weniger an Ertrag! Dagegen werden die Ueberweisungen aus den Zöllen um fast 11 Mill. höher, die aus der Branntweinsteuer jedoch um 1 800 000 ℳ niedriger veranschlagt, und auch die aus der Stempelsteuer um 120 000 ℳ niedriger. Auch die Ueberweisungen an die Kommunen werden um 9 400 000 ℳ niedriger sein. Wir werden uns also in der That für das laufende Jahr auf wieder um ungünstige Resultate gefaßt machen müssen. Allerdings ist betreffs der Eisenbahnen zu bemerken, daß deren Minderüberschüsse nicht nur auf die wirthschaftlichen Verhältnisse zurückzuführen sind, sondern auch auf die Cholera. Hoffen wir, daß wenigstens dieser Grund für die Verschlechterung der Etatsergebnisse nicht wiederkehre! — In dem gegenwärtig vorgelegten Etat schlagen wir die Vermehrung der Lotterieloose um 30 000 vor. Das Abgeordnetenhaus hat ja bisher niemals prinzipiellen Widerspruch gegen die Lotterie erhoben, und es handelt sich deshalb für uns darum, ob wir noch weiter dulden wollen, daß Hamburger Loose hier noch in großer Zahl gespielt werden, oder ob wir die Zahl unserer Loose vermehren wollen, so daß man bei uns nicht mehr in Hamburg zu spielen brauacht. Der Minister geht dann auf die einzelnen Ressortetats pro 1893/94 ein und legt u. A. dar, daß die bei der Steuerreform-Vorlage geschehene Veranschlagung der Erträge aus der lex Huene mit 24 Millionen Mark pro Jahr eher noch zu hoch, als zu niedrig gegriffen erscheine. Auch führt er aus, daß das Gesetz über die Rentengüter schon jetzt in erheblichem Umfange zur Anwendung gelangt sei. Die Generalkommission sei schon gegenwärtig im Besitz von 120 000 Hektaren. Zu Einklange mit der ganzen wirthschaftlichen Lage der Industrieen seien in letzter Zeit vielfach Arbeiter mit erspartem Kapital aus dem Westen nach dem Osten zurückgekehrt. Das komme dem Erwerb von Rentengütern zu Gute. Er hoffe, daß diese legensreiche Entwickelung ihren Fortgang nehmen werde. (Beifall rechts.) Auch die Aufforstung von Oedländereien, Meliorationen gerade im Osten, werde sich die Generalkommission angelegen sein lassen, und er hoffe, den einschlägigen neuen Etatsforderungen werde das Haus gern zustimmen. (Beifall rechts.) Wenn Sie, so fährt der Minister fort, das Gesammtbild des Etats ansehen, so werden Sie finden, daß dasselbe nicht erfreulich ist. Aber im Wesentlichen sind die Gründe dazu nur vorübergehender Natur. Aber freilich — nur im Wesentlichen. Denn es giebt da auch Gründe dauernder Natur. Wir haben bisher unsere Ausgaben zu wenig bemessen im Verhältniß zu den Einnahmen. Voraussetzung aller Besserung ist, daß wir den Dingen müßten ins Gesicht sehen, daß wir Klarheit haben. Die Höhe der Ausgaben, ihre Steigerung, liegt nicht allein an den Betriebsverwaltungen, sondern auch in unserem Verhältnisse zum Reiche, die Gefahr liegt einerseits in den Schwankungen der Ueberschüsse unserer Betriebsverwaltungen und andererseits in den Schwankungen der Anforderungen des Reiches. Wir werden da in Bezug auf die Ueberschüsse der Betriebsverwaltungen, planmäßige Organisationen schaffen müssen, welche solche Schwankungen verhindern. Das Gesetz von 1882 genügt da nicht. Und es wird zu überlegen sein, ob sich nicht auch unser Verhältniß zum Reich anders organisiren läßt. Außerdem wird man dem stetigen Drängen nach neuen nicht unbedingt nothwendigen Ausgaben widerstehen müssen. Auch diesem Drängen seitens der Landesvertretung. (Zurufe links. Man erinnert an die Militairausgaben im Reiche. Ja, aber da ist doch zu bedenken, daß die Ausgaben für die Landesvertheidigung nothwendig und die erste Bedingung der Existenz, die Existenz selber sind! (Beifall rechts.) Zu unserem schmerzlichen Bedauern haben wir auf die Aufbesserung der Beamtenbesoldungen in diesem Etat verzichten müssen. Dagegen sollen die Altersstufen für die mittleren und unteren Kanzleibeamten zur Einführung gelangen, was sicher von unseren Beamten mit Freuden aufgenommen werden wird. Auch soll statt der Hülfsbeamten die Zahl der etatsmäßigen Stellen erhöht werden. Es ist das ein berechtigter Anspruch der betr. Beamten, zumal nachdem wir durch die Altersversicherung für die Arbeiter gesorgt haben. Wir schlagen ihnen deshalb vor, die Stellen der Gehaltens- und Kanzleibeamten stark zu vermehren. Diese Beamten sollen nach 4jähriger Dienstzeit zur definitiven Anstellung gelangen. Es wird dadurch eine große Quelle der Unzufriedenheit verstopft werden. Denn dieser Schritt, wenn er auch ein einmaliger ist, wird doch von dauernder Wirkung sein. Wir werden auch vor den höheren Beamten in dieser Beziehung nicht stehen bleiben. — Was nun die geschäftliche Behandlung des Etats anlangt, so hoffe ich, daß Sie von denselben Gesichtspunkten ausgehen werden, wie die Regierung. Können Sie in dem Etat noch Ausgaben finden, die ohne Schädigung der Landeswohlfahrt gestrichen werden können, so werden Sie mich zu einer genehmen Erwägung immer bereit finden. (Heiterkeit.) Ich glaube aber, bei näherer Betrachtung des Etats werden Sie finden, daß wir die Ausgaben für Landesmeliorationen ohne schwere wirthschaftliche Schädigung nicht herabdrücken können, zumal zu einer Zeit, wo die gewerbliche Entwickelung zu einem gewissen Stillstand gekommen ist. Wir dürfen nichts unterlassen, daß dieser Zustand sich nicht noch verschlimmere, und müssen deshalb Ausgaben, die wir in den nächsten Jahren doch würden machen müssen, möglichst in die Gegenwart verlegen. (Beifall.) Nunmehr wird statt des verstorbenen Abg. von Meyer-Arnswalde der Abg. v. Manteuffel zum Mitglieder der statistischen Zentralkommission gewählt. In dritter Berathung wird ferner der Stolgebühren-Gesetzentwurf für den Bezirk Cassel angenommen, ebenso das Gesetz, betr. die katholischen Kirchengemeinde-Vorstände in zweiter Lesung. Schluß der Sitzung 1½ Uhr. Nächste Sitzung morgen 11 Uhr: Wahlgesetz.

Wie wir hören, hat der Unterrichtsminister über den Erlaß des Kreisschulinspektors Schwalbe Bericht eingefordert.

Aus dem Berichte eines Provinzial-Schulkollegiums über die zur praktischen Ausbildung der

---

Feuilleton der Norddeutschen Allg. Zeitung.

6 Berlin, den 12. Januar 1893.

Im Hause und in der Fabrik meines Großvaters, des Töpfers Tobias Christoph Feilner.

Fragment aus den Lebenserinnerungen eines Siebzigers.

[Nachdruck verboten.]

(Schluß.)

Kehren wir zum Großvater und der Fabrik zurück, so will ich noch einzelne Personen und Zugehörigkeiten, welche mit letzterer in engem Zusammenhange standen und welche ich während des ganzen Lebens in meiner Erinnerung getragen habe, hier zur Kenntniß bringen.

Da war der Meister March mit seiner Frau und seinen beiden Kindern, von denen Paul immer klagte, die Mutter habe ihm mit der Ruthe das Gesäß geplatzt!! Sie hatten ein paar kleine Zimmer nach dem Hofe hinaus inne. March war der eigentliche technische Assistent. Später trennte er sich von Feilner, und nach des Großvaters Tode, als die Fabrik überhaupt in Verfall gerieth, übertrafen die March'schen Fabrikate aus Charlottenburg die der alten Feilner'schen Mutteranstalt. Als auch March starb, übernahm Paul die Kunsttöpferei seines Vaters und brachte sein Etablissement zur höchsten Vollendung. Also hatte das Gesäßplatzen seine Wirkung nicht verfehlt.

Z. war der Hauptbuchführer der Fabrik. Seine beiden schon angeführten schönen Töchter, Bertha und Mathilde — ich verschone meine Leser mit den Versen, welche dieselben mir ins Stammbuch schrieben — und Madame Z., mit dem einen Zahn, stehen mir noch lebhaft vor Augen. Dieser Komptoirist soll ein schlauer Fuchs gewesen sein; er wußte Großvater stets mit den glattesten Worten um den Bart zu gehen und setzte gewöhnlich seinen Zweck durch; man behauptete, das Meister Feilner wenig Menschenkenntniß besessen habe und Dem, welcher ihm die Dinge so vorstellte, wie er sie gern haben wollte, oft ein zu williges Gehör schenkte. Unbegreiflicher Weise soll der Töpfer in diesen öfters betrunkenen Menschen großes Vertrauen gesetzt haben, obgleich sich ein gewisses Defizit in der Hauptkasse hin und wieder nicht erklären ließ. Man fabelte sogar davon, daß die ehrenwerthen Komptoiristen Lobeck und Jo — der Letztere erhielt später eine sehr hohe Stelle an der Preußischen Bank — dann und wann im Geheimen vor Z. gewarnt hätten, aber ohne Erfolg. Dagegen erhängte sich der Buchführer A., eine Kreatur desselben, dem man einen Diebstahl von nicht geringer Bedeutung bei dem Kassendienerante, daß er zu gleicher Zeit vertrat, nachzuweisen vermochte. Ich sehe noch die Verzweiflung und das Händeringen der armen Frau, ich höre noch das Schluchzen der Kinder, denn die Familie lebte in dem Hause, in welchem auch wir wohnten, es waren Mutter und drei Töchter, gute liebenswürdige Leute.

Z. hatte auch gewußt, sich bis zu Feilner's Tode als sein Schooßkind einzunisten. Der Spitzbube fell sogar, als Großvater noch auf dem Sterbebette als Leiche lag, einen Coup de main ersten Ranges gemacht haben, um sich, wie man nachher behauptete, gewisser Papiere zu bemächtigen. Die Räume nämlich, wo der Todte lag, waren geschlossen, weil Niemand vor Eröffnung des Testaments, das vor der ganzen Familie gelesen werden sollte, dort hineinbringen durfte. Da kam unserem Schlauberger die Idee, es lägen auf Feilner's Schreibtische so wichtige Papiere mit Bestellungen für die Fabrik, daß er zum größten Vortheile und im Interesse der Erben dieselben sofort herauszuholen müsse. Man ließ ihn unbedachter Weise gewähren; er hielt sich längere Zeit allein in den Zimmern auf und wie viele Kodizille zu Großvaters unerfaßbarem Testamente bei dieser Visite abhanden kamen, das, meinte man, müßten die Götter wissen. Als authentisch kann ich allerdings diese Angelegenheit nicht hinstellen, indessen war die Supposition in Aller Munde.

Ich nenne noch Friese und Weiß, junge Leute von Beuth empfohlen, die sich für das Kunstgewerbe ausbilden sollten. Sie aßen mit am großväterlichen Tische und die Großmutter sah oft mit scheelen Augen nach ihnen, wenn sie zu große Stücke aus der Schüssel nahmen. Wein erhielten sie nur Sonntags.

Der arme Weiß, der eine Seele von Mensch war, ich möchte fagen zu gut, und das war beim Großvater oft nicht recht angebracht, wurde zuletzt wegen Unfähigkeit entlassen und ging in das Konditorgeschäft von Schauß über, wo er Modelle zu Barmkuchen und anderen Torten machte, während Friese später Besitzer der Fabrik wurde, die er nach Feilner's Tode eine Zeit lang im Interesse der Erben weiter führte, dann aber, da sie in dieser Weise über Erwarten wenig rentirte, auf allgemeines Verlangen der Betheiligten kaufte. Nun ging die Sache gut.

Außer dem alten Klär, einem 80jährigen Greise, der die Arbeitspferde, wohl sechs oder acht an der Zahl, antrieb und der jedes der Thiere immer mit Namen anrief: „Bleß", „Postillon" (ein ausrangirtes Postpferd), „Schwarzfuß", „Dickkopf", „Dummer", dann oft eine kleine Klingel zog, auf deren Geschell die Pferde augenblicklich stehen blieben — führe ich noch zwei Jugendspielen, die Töpferburschen Louis und Wilhelm Schröder, die Söhne des alten Dieners an. Die armen Jungen wurden nicht selten im schon erwähnten Thongarten, wo auf des Großvaters Geheiß Niemand von Knaben sich sehen lassen durfte, gleich uns von ihm beim Ballschlagen oder andern Spielen ertappt. Dann zog er einfach den Stock aus der Tasche; welcher Buckel gerade der nächste war, der von Ernst, Hermann, Wilhelm oder Louis, das war ihm einerlei; er schlug drauf los. Diese beiden unglücklichen Kameraden aber erhielten gewöhnlich noch eine Extratracht Prügel, denn der Vater Schröder, den Feilner anfuhr, er solle besser auf die Kinder halten, daß sie nichts Unerlaubtes thäten, zog noch einen zweiten Strick hervor und wie kurz vorher im Thongarten, so regnete es jetzt Schläge in der Kellerwohnung.

Mag dies kleine Bild, wie es in Feilner's Haus und Fabrik zuging, und wie mir's am Abend meines Lebens noch so im Gedächtniß vorschwebt, dem Leser nicht allzudürftig erscheinen. Im Jahre 1883 brachte die Allgemeine Zeitung eine von mir entworfene biographische Skizze über den Meister, welche jedoch durchaus anderartigen Charakter hatte. Ich schrieb sie mehr für Keramiker und Künstler im Allgemeinen, ordnete, so viel als ich es vermochte, die Daten chronologisch und zeigte Feilner's Werth in der Töpferei: hier hingegen ließ ich mehr den Privatmann und das Individuelle seiner Erscheinung hervortreten. Beide Aufsätze haben nichts mit einander gemein, sie decken sich in keiner Beziehung. Es erübrigt mir noch folgende Daten anzugeben.

Wie schon erzählt, wurde Feilner in der Oberpfalz und zwar in der kleinen Stadt Weiden geboren. Er war armer Eltern Sohn; sein Vater, ein Maurer, schickte ihm ohne einen Pfennig als Handwerksburschen in die weite Welt.

Dieselbe Fabrik, die er später sein eigen nennen durfte, war damals im Besitz eines untergeordneten Töpfers. Feilner trat in dieselbe zuerst als Lehrbursche ein, bald wurde er Geselle, dann Meister, dann Mitbesitzer und nach dem Tode des Eigenthümers kaufte er das ganze Grundstück.

Sofort begann sein großartiges in ganz Europa bekanntes Wirken, jetzt war er Herr im Hause. Zu welcher Vollendung er die Keramik gebracht, welchen Platz er in der Geschichte derselben einnimmt, braucht nicht weiter ausgeführt zu werden.

Feilner war ein gesunder, kräftiger Mann, von ehrwürdigem, wohlthuendem Aussehen. Die Ursache seines Todes sagte man, sei eine Vergiftung gewesen, welche er sich bei Experimenten, um eine neue Glasur zu erfinden, zugezogen habe. Während nämlich die Arbeiter selbst mit in kaltem Wasser getränkten Lappen vor dem Munde sich gegen das Einathmen der den Organismus zerstörenden Substanzen bei den Versuchen schützten, ließ, trotz vieler Warnungen, der Großvater, welcher zugegen war, die Vorsicht außer Acht, fing an zu kränkeln, wehrte sich lange gegen den üblen Einfluß der Miasmen, erlag ihnen aber zuletzt doch.

Er vollendete 66 Jahr alt, während die Großmutter nur 62 erreichte.

Auf seinem Sterbebette gefragt, ob er einen Geistlichen wünsche, lehnte er ab. Er hatte den festen Glauben an seinen persönlichen Gott. Das ethische Christenthum war lebendig in ihm, das konfessionelle fand in seiner Denkungsart keinen Boden.

Sein Familienleben war das glücklichste. Von sechs Kindern, zwei Söhnen und vier Töchtern starben ihm und der Großmama vier bis zum zwanzigsten Lebensjahre, zwei von den Töchtern überlebten ihn. Von seinem Liebling Luise nahm der Meister eine blonde Haarflechte mit ins Grab, die er sich aufbewahrt, so verlangte es sein letzter Wille im Testament.

An seinem Grabe trauerte Arm und Reich, war er doch einer der geehrtesten und wohlthätigsten Bürger der Stadt. Die Leichenrede hielt der greise freisinnige, dann im sechsundneunzigsten Jahre seines Alters verstorbene Marot; der König befahl, daß die Stätte, wo Feilner gewirkt, für alle Zeiten den Namen Feilnerstraße führen solle; sie verbindet heut noch wie damals die Jerusalemer- und Linden- mit der Alten Jakobsstraße. Das Terrain, welches einst das Besitzthum des Meisters gewesen, wurde bei Gelegenheit für sehr geringen Preis verkauft, in damaliger Zeit nichts Außergewöhnliches; jetzt wurde dasselbe nun gar bei der Verbesserung seiner Lage — bildet es doch gegenwärtig einen Theil des Zentrums der Stadt —, mit einiger Uebertreibung gesprochen, so viele Millionen repräsentiren als damals Tausende.